

**Beschluss: ZEITENWENDE IN DER EUROPÄISCHEN  
VERTEIDIGUNGSPOLITIK MACHT INTEGRATIONSSCHRITTE  
EINMAL MEHR NOTWENDIG**

1

**Die Landesversammlung der Europa-Union hat beschlossen:**

2 Der 24. Februar 2022 ist zu einem historischen und zugleich erschreckenden Tag für  
3 die europäische Sicherheitsarchitektur und Staatenordnung geworden. Der  
4 Angriffskrieg ist zurück auf dem europäischen Kontinent. Der vom russischen  
5 Präsidenten geführte völkerrechtswidrige Angriffskrieg ist nicht nur ein Krieg gegen  
6 die Ukraine als souveräner Teil der europäischen Familie, sondern er richtet sich gegen  
7 alle Menschen, die in Frieden in einer demokratischen und freiheitlichen Weltordnung  
8 in Europa leben wollen. Die Europa-Union setzt sich dafür ein, dass die EU weiterhin als  
9 Garantin für den Frieden auf dem Europäischen Kontinent wirkt.

10 Um Garantin für Frieden und Sicherheit auf dem Europäischen Kontinent zu sein,  
11 reichen in einer multipolaren Welt die bisherigen Schritte einer Integration im Bereich  
12 der Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU nicht mehr aus. Wir folgen den  
13 Prinzipien einer gemeinsamen Verteidigungspolitik, die Identität und Unabhängigkeit  
14 Europas zu stärken, um Frieden, Sicherheit und Fortschritt in Europa und in der Welt  
15 zu fördern. Neben Russland ist die diktatorisch geführte Volksrepublik China durch  
16 Menschenrechtsverletzungen geprägt. Eine aggressive Außenpolitik dieser Staaten  
17 gefährdet Sicherheit und Frieden in Asien und in der Welt.

18 Daher ist die Stärkung der europäischen Verteidigungskapazität durch eine enge  
19 Rüstungszusammenarbeit zwischen den EU-Staaten dringend notwendig. Der  
20 Wunsch Schwedens und Finnlands NATO-Mitglied zu werden, unterstreicht die  
21 Notwendigkeit des amerikanischen Engagements für die Sicherheit Europas.

22 Zur Stärkung der EU müssen bereits jetzt wichtige gemeinsame Schritte  
23 unternommen werden, um mit einer Stimme zu sprechen und um ernstzunehmender  
24 Verhandlungspartner und geopolitischer Akteur zu sein:

- 25 1. Beschlüsse der Europäischen Union auf dem Gebiet der Außen- und  
26 Sicherheitspolitik sollen nach dem Mehrheitsprinzip gefasst werden.  
27 Kommission und Parlament sollen in die Beschlussfassung einbezogen  
28 werden. Ohne Mehrheitsprinzip kann die EU nicht wirkungsvoll für ihre  
29 Interessen und Ideale in der Welt vertreten. Vor diesem Hintergrund soll ein  
30 Europäischer Verteidigungshaushalt aufgestellt werden. Die Budgethoheit  
31 hierüber soll beim Europäischen Parlament liegen.  
32 Dies würde aber eine Änderung der EU-Verträge bedeuten. Sollte dies nicht zu  
33 erreichen sein, so sollten die EU-Mitgliedstaaten, die für eine engere  
34 Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik bereit sind, sich zu einem  
35 besonderen Bund zusammenschließen.
- 36 2. Die Demokratien dieser Welt sollten zur Sicherung einer freien Weltordnung  
37 enger zusammenarbeiten.
- 38 3. Die Europäische Union sollte stimmberechtigtes Vollmitglied der Vereinten  
39 Nationen werden können. Solange die entscheidenden Fragen der  
40 Sicherheitspolitik durch den Sicherheitsrat bestimmt werden, sollte die  
41 Europäische Union dort einen gemeinsamen Sitz erhalten.
- 42 4. Ausbau der europäischen Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Rüstung. Der  
43 bestehende Rahmen unter der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit  
44 (PESCO) muss weiter intensiviert werden. Bereits kurzfristig braucht es eine  
45 gemeinsame Beschaffungsstruktur. Dabei soll der Fokus auf europaweit  
46 einheitlichen Lösungen liegen, um Redundanzen zu minimieren und die  
47 Zusammenarbeit zwischen den europäischen Streitkräften zu erleichtern.
- 48 5. Die Ausarbeitung einheitlicher europäischer Mindestbedingungen für den  
49 Export von Rüstungsgütern aus der Europäischen Union in Drittstaaten  
50 (Rüstungsexport-kontrolle).
- 51 6. Der Aufbau einer europäischen Verteidigungskooperation insbesondere im  
52 Bereich der Weltraum- und Cyberabwehr.
- 53 Diese Forderungen sollen einen konkreten Anstoß für eine selbstbewusste  
54 europäische Verteidigungspolitik bilden.